

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

93. Jahrgang.

107

Montag, den 12. Mai

1919.

Württembergische Landesversammlung.

Stuttgart, 7. Mai. Das Bekanntwerden der Versailles-Friedensbedingungen hat die Abgeordneten in die rasche Wirklichkeit zurückgeführt und den heutigen Beratungen ein nichttrübes Gepräge gegeben. Den schmerzlichen Gefühlen, die die Landesversammlung bewegte, verlieh Präsident Reil herbei den Ausdruck, indem er unter dem Beifall des ganzen Hauses darauf hinwies, daß diese Friedensbedingungen nicht der Völkerverehrung dienen, die Unterbindung der Lebensbedingungen unseres Volkes bedeuten und auf einen Gemaltesfrieden hinauslaufen, wie er in dieser Art in der Geschichte kein Beispiel finde; dazu wurde von der rechten Seite bemerkt, daß dies nicht anders zu erwarten war. Mit einem solchen Frieden bemerkte der Präsident weiter, werde sich unser Volk innerlich niemals abfinden. Wir wollen sehr, daß der Appell des Präsidenten an das Weltgewissen bei den Siegerberauschten Nachbarn der Entente williges Gehör findet. Die eigentliche Tagesordnung war heute rasch erledigt. Die Gesetzentwürfe über eine Abänderung des Sportgesetzes, über die Steuerbefreiung der Führerhunde für Kriegshunde und über den Referatensatz der Staatsbahnen wurden ohne Beratung angenommen. Eine kurze Debatte entspann sich bei der Frage der Rückgabe der während des Kriegs an die Preterverwaltung abgegebenen Kirchenglocken, soweit sie noch vorhanden und nicht beschlagnahmt sind. Auch die Steuerrel- und Brennerreliefgesetz wollen ihre Kessel wieder haben. Die Ausschussmitglieder senden mit einem Zusatzantrag Straf, der die Freigabe der für die Herstellung der abgelieferten Glocken erforderlichen Metallmassen verlangt. Annahme. Der Arbeitsminister versprach, das Recht möglichst wieder auf zu machen und dem Wucher, der sich bereits auch dieses Gebiets bemächtigt hatte, nach Kräften zu steuern. Ein Zusatzantrag, der sich gegen die Wiedereinführung des Sommerzeit wendet, ist durch Beschluß der Nationalversammlung, die sich bekanntlich mit großer Mehrheit gegen diese „verrückte“ Zeit ausgesprochen hat, hinfällig geworden. In der Sitzung am Freitag steht der Gesetzentwurf über die Schaffung einer Landwirtschaftskammer zur Beratung.

Stuttgart, 9. Mai. Präsident Reil eröffnet die Sitzung um 9.50 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl eines Mitglieds in den Finanzausschuß. Die Wahl trifft den Abg. Walter (3.). Sodann folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs

die Landwirtschaftskammer.

Ernährungsminister Baumann: Es handelt sich um die Erfüllung eines Wunsches, der lange Zeit vor dem

Reize schon geltend gemacht und von den gesetzgebenden Faktoren als berechtigt anerkannt wurde. Für die württ. Regierung wäre es während des Krieges eine ungeheure Erleichterung gewesen, wenn sie sich hätte auf eine öffentlich-rechtliche Vertretung der Landwirtschaft stützen können. Auch von der Landwirtschaft ist dies aufs Schwerste vermisst. Der Redner führt dann den Entwurf mit eingehenden Erleichterungen ein. Die Regierung war bemüht, bei der Aufstellung des Entwurfs alle irgendwo hemmenden Schranken für die Landwirtschaft hinwegzuräumen. Das Gesetz wird der Landwirtschaft den geeigneten Boden für eine freihheitliche, fortschrittliche Entwicklung geben.

Abg. Strödel (33.): Im fortschrittlichen Württemberg hatten wir noch keine Berufsvertretung. So gut wie auch die bisherigen Stellen im Interesse der Landwirtschaft gearbeitet haben, sie waren doch nur eine Bevormundung der Landwirte durch die Regierung. Die Landwirtschaftskammer muß der Regierung gegenüber frei sein, wie andere Berufsgruppen auch. Sie muß so ausgestattet werden, daß sie auch leistungsfähig ist. Es müssen alle landwirtschaftlichen Berufsstände und verwandten Berufe in die Kammer einbezogen werden. Wir fordern eine vollständig nach den neuesten Anschauungen ausgestaltete Kammer und eine einheitliche Förderung der Landwirtschaft im ganzen Lande, was durch mehrere Landwirtschaftskammern nicht möglich ist. Wir fordern weiter eine von Volk und Regierung anerkannte und als vollständig bewährte Kammer. In Fachkreisen ist man der Meinung, daß im gegebenen Augenblick die Errichtung einer Kammer die zweckmäßigste Lösung dieser Frage sei. Die Wahl der Vertreter von Gartenbau und Forstwirtschaft soll durch die Kammer erfolgen. Die Zusammensetzung von 10 weiteren Mitgliedern durch die Kammer begrüßen wir lebhaft. Fremde Elemente dürfen weder Zutritt zur Kammer noch Wahlberechtigung haben. Wir begrüßen ferner, daß auch den Frauen Wahlberechtigung zugesprochen wird. In Bezug auf das Wahlalter werden wir die entsprechenden Anträge auf Abänderung einbringen. Hausbesitzer und Hausbesitzer müssen ebenfalls Wahlberechtigung erhalten.

Abg. Neuz (3.): Die Mehrheit meiner Partei ist auch heute noch für eine Mehrzahl von Kammern. Es freut mich, daß die Forstwirtschaft ebenfalls in den Geschäftskreis eingezogen wird. Die Bestimmung, daß die Kammer in allen wichtigen Fragen von der Regierung gehört werden muß, muß bindender zum Ausdruck gebracht werden. Die Zusammenlegung scheint uns auch zu hoch. Bei der Zusammensetzung dürfen nicht einzelne Wahlbezirke besonders berücksichtigt werden. Bei den Landwirten ist keine Beschränkung für die Verhältniswahl vorhanden. Der freihheitliche Zug, der in der Umfassung der Wahlberechtigung zum

Ausdruck kommt, ist begrüßenswert. Das Wahlalter sollte höher gestellt werden. Der Ehefrau sollte bei Verhinderung des Mannes an dessen Stelle die Wahlberechtigung zuerkannt werden. Wählbar dürfen nur solche sein, die eine bestimmte Anzahl von Jahren ihren landwirtschaftlichen Beruf betrieben haben. Im großen und ganzen ist die Entwurf eine brauchbare Grundlage. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Rill (30.): Wir wollen die Verdienste, die die Zentralstelle für Landwirtschaft erworben hat, nicht vergessen. Es wird schwer nachzuweisen sein, ob mehrere Kammern den Interessen der Landwirtschaft mehr dienen, als eine einzige Kammer. Die Verhältniswahl mit einer Ausdehnung des Wahlalters auf 20 Jahre wird jedem anderen Wahlverfahren vorzuziehen sein. Wir werden mit dem festen Entschluß an die Beratung gehen, der gesamten Landwirtschaft in allen ihren Zweigen eine Vertretung zu schaffen, die ihre Entwicklung fördern und ihr von dem Nutzen sein wird. (Beifall links.)

Abg. Hermann (29.) spricht ebenfalls der Zentralstelle für Landwirtschaft Dank und Anerkennung aus. An dem Einkammerystem ist festzuhalten, weil es alle Kräfte geschlossen zusammenfaßt und einheitlich zum Zuge kommen läßt. Die Aufgaben der Kammer werden mit der Entwicklung der kommenden Jahre steigen. Eine Herabsetzung der Zahl bei der Zusammenlegung ist nicht wünschenswert, doch wird die Frage noch zu prüfen sein, ebenso die Frage des Wahlalters. Es fragt sich, ob die Zahl der Vertreter von Forstwirtschaft und Gartenbau den betreffenden Kreisen genügt. Eventuell ist, daß den Arbeitern Gelegenheit geboten werden soll, auch Einblicke in die über das Praktische hinausgehenden Fragen zu gewinnen. Wahl und Aufstellung der Kandidaten müssen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen. Von der Verteilung von Sachverständigen muß ausgiebiger Gebrauch gemacht werden. Der Redner belagert sodann einen von den Fraktionen unterzeichneten Antrag ein, den Entwurf einem 24gliederigen Ausschuss zu überweisen.

Abg. Hornung (28.) verlangt Einsetzung des Ausschusses, weitgehende Selbstverwaltung, Ausschaltung der Kosten für die Landwirtschaftskammer auf den Staat. Die Proklamation hätte einen Landesbauernrat als oberste Behörde bringen müssen.

Ernährungsminister Baumann: Der Landesbauernrat hat in allerhöchster Zeit der Regierung den Wunsch nach alsbaldiger Errichtung einer Landwirtschaftskammer vorgelegt. Die Zahl der Mitglieder ist in anderen Staaten noch höher. Die Kammer soll möglichst frei entscheiden. Die Verhältniswahl entspricht einem Wunsch des früheren Landtags. Wenn wir schon für die politische Wahl

Anna Wedekind.

Roman von Dr. Bruno Wagner.

27) (Nachdruck verboten.)
Es klopfte wieder am Fenster, schärfer als vorher. Der General reichte Anna die Hand. „Allo adieu, mein liebes Fräulein! Und auf Wiedersehen!“
Einen Augenblick blieb er stehen und sah der Donnerschlag nach, bis die Gartentür des Nachbarhauses hinter ihr aufschloß. Dann schritt er in die eigene Haustür, indem er vor sich hindrammte: „Wenn ich nicht gleich läge, wer das Mädchen war, dann ist nachher doch der Teufel los. Kantäpffel Kantäpffel!“

18. Kapitel.

Durch die Bänderburger Heide kramte der Schneezug. In einem Abteil der zweiten Wagenklasse saßen Anna Wedekind und Clara von Schlichten einander gegenüber. Eben waren die kupfergrünen Kuppelkamine des alten Götter Schlosses hinter den Reisenden zurückgelassen. Das anfangs lebhaftes Gespräch war kochend geworden und jetzt ädnete Clara und lehnte sich in ihrer Ecke bequem zurück. „Nimm mir's nicht übel, Anna“, sagte sie, „ich bin heute früh um fünf Uhr aufgestanden und die Elternbesuchler macht müde. Ich mache ein kleines Nickerchen.“ Und damit schloß sie die Augen.

Anna hatte kein Bedürfnis zu schlafen. Sie war nicht so früh aufgestanden wie die Rufine, die den ganzen Vormittag in der Wirtschaft tätig gewesen war und für die unterhalb Waschen ihrer Kleiderzeit so vorgefertigt hatte, als gälte es, vorher ihr Testament zu machen. Nein, Anna hätte nicht schlafen können. Eine Lirade erküllte sie, aber die sie sich keine Rechenschaft abzulegen vermochte.

Nach Hause! In wenigen Tagen war Pfingsten. Fast fünf Monate war Anna dem Elternbesuche fern gewesen. Jetzt sollte sie es wiedersehen.

Die Mutter hatte die Ältere der beiden Rufinen eingeladen, Anna zu begleiten. Es hätte vielleicht näher

gelegen, Minka einzuladen, die im Alter mehr zu Anna paßte. Aber die Frau Pastorin hatte ausdrücklich um Klara Vermeidung gebeten. Ihr war der ernstere, ruhigere Charakter lieber, den sie nach Annas Briefen bei Klara voraussetzte. Und Klara hatte — fast zu Annas Überraschung — die Einladung gern angenommen. Anna konnte sich nicht in das Gefühl des älteren Mädchens hineinversetzen, das in den Gesellschaften hinter der hübschen jungen Schwester und selbst hinter Altersgenossinnen, die lebenslustiger sich den Vergnügungen der Saison hingaben, zurückzubleiben mußte und nun eine Art Genugtuung empfand, auch einmal die Besorgerin zu sein.

Heute früh war ein Telegramm gekommen, um Anna zu benachrichtigen, daß die Magd erkrankt sei und die Frau Pastorin daher nicht zum Abholen an die Bahn kommen könnte. An ihrer Stelle werde Matthias Uble auf dem Altonaer Bahnhof sein, um die jungen Mädchen zu empfangen und samt ihrem Gepäck richtig zum Bahnhof der Ringelbahn zu bringen. Anna war das gar nicht lieb, es war schließlich auch ganz unnötig. Ja, wenn man in Hamburg hätte umfragen müssen, wie sie es anfangs gedacht hatte, aber der Zug fuhr bis Altona durch, und dort mußte sie ja Weisheit. Und trotzdem sollte sie Uble abholen.

Anna gedachte jener Fahrt nach Altona, die sie im vorigen Herbst gemacht hatte — da war sie auch ganz allein gewesen. Sonderbar, daß die Eltern damals die Erlaubnis nicht verweigert hatten. Ob der Vater den Zusammenhang gekannt hatte? Was mußte er von ihr gedacht haben? Aber das mit dem Sparschnecken konnte er nicht wissen. Es handelt sich um das, was damals geschehen war, so deutlich vor der Seele, als sei es eben erst gewesen, wie Henning Uble ihr das Geld hat abends gebracht hatte. Wie sie dann am 20. September frühmorgens mit dem ersten Zuge nach Schleswig gefahren war — zwei peinliche Stunden voll Aufregung und Scham über den Gang, der ihr bevorstand.

Und dann sah sie sich in dem niedrigen, schalen Gebühnen, das mit dem dunklen Kleeblättern bedeckt war. Magnus Sörensen war für mit der langen Pfeife

in der Hand entgegengekommen und hatte so unerschrocken gelächelt, als sie ihr Anliegen vorgebracht hatte. Dann hatte er ihr den Ehrenschein vorgelegt, ob sie die Handschrift des Freiherrn von Schüttelhorn anerkenne. Sie hatte nur genickt und war sich gar nicht bewußt geworden, wie wichtig es sei, daß sie auch den richtigen Schein bekomme.

Nachträglich war ihr das eingfallen und sie hatte einen fürchterlichen Schreck bekommen, als sie sich vorgesetzt hatte, daß sie die zweitausend Mark auf einen falschen Schein hätte hingeben können. Aber das war ja gut abgegangen.

Anna sah es ganz deutlich vor sich, wie er das Geld auf den Tisch aufgezählt hatte — in lauter Hundertmarktscheinen. Dann hatte Sörensen sie gefragt, ob sie auch die andere Handschrift, die unter dem Scheine stand, kenne. Sie hatte den Kopf geschüttelt, aber er hatte andringlich mit dem Finger darauf gewiesen. „Sehen Sie sich doch wenigstens an; Sie können doch lesen?“

Rur um ihn loszuwerden, hatte sie hingelächelt. Da hatte in der Ecke gelächelt: Als Bürge für den ganzen Betrag für den Fall nicht rechtzeitiger Zahlung am 20. September a. c. und dann mit einer anderen Handschrift, die ganz vertrieben war von der von Schüttelhorn: von Branden, Leutnant im 2. Infanterieregiment.

„Na, kennen Sie die Unterschrift nicht?“ hatte Sörensen gefragt, und dabei hatte sein furchtbares Gesicht mit den erhellenden Bodenmarken so lächelnd gegrinst, daß Anna geradezu Angst vor ihm bekommen hatte. „Sie sind wohl das Fräulein Schwester von dem Leutnant?“ hatte er lächeltend gefragt und das Wort „Schwester“ so sonderbar betont. Und als sie mit einem reichen Einflusse bejaht hatte, war wieder das unerschrockene Gesicht über sein Gesicht gegangen. „Ich dachte schon, die Braut.“

(Fortsetzung folgt.)



das 20. Lebensjahr festgesetzt haben, so liegt kein Grund vor, für derartige Wahlen von diesem Grundlag abzugehen. Die Beratung wird geschlossen und der Antrag auf Ueberweisung an einen 24gliedrigen Ausschuss angenommen. Die Wahl dieses Ausschusses wird in nächster Sitzung erfolgen. Schluß der Sitzung: 1/21 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag, 12. Mai 1919, nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: Staatsbedarf für Arztee- und Ernährungsministerium.

Der Entrüstungsturm in Deutschland.

Berlin. Der Entrüstungsturm über die vorgelegten Friedensbedingungen nimmt in ganz Deutschland von Stunde zu Stunde zu. Der hiesige Magistrat beschloß eine Abordnung von 12 Mitgliedern nach Berlin zu senden, die sich mit der Reichsregierung in Verbindung setzen soll. In Oberschlesien herrscht starke Erregung. Es gehen von sehr vielen Orten Protestkundgebungen ein, vor allem laut „Berliner Tageblatt“ von solchen an der Grenze, die sich entschlossen gegen die Angliederung an Polen aussprechen. Es ist gewiß schwer, Schreie die „Berliner Morgenpost“, unter den vielen grausamen Forderungen der Feinde, die auf eine Zerstückelung Deutschlands abzielen, eine Rangordnung aufzustellen, aber man wird kaum fehlgehen, wenn man die geforderten Grenzverschiebungen im Osten als uns am tiefsten ins Herz treffend bezeichnet und wenn man unter den übrigen Gebieten, deren man uns berauben will, Oberschlesien als das für unsere Lebensfähigkeit wichtigste bezeichnet.

Auch aus Bayern erheben sich scharfe Proteste. Auf die Bevölkerung im Rheinland haben, der „Völkischen Zeitung“ zufolge, die Friedensbedingungen niedererschmetternd gewirkt. Man sei einzig in dem Willen, in Zukunft, bringe sie was sie wolle, treu zum Reich zu stehen. Der Berichterstatter der „Völkischen Zeitung“ in Versailles sagt sein Urteil über die Friedensbedingungen wie folgt zusammen: Entehrt, rechtlos und machtlos, nicht mehr Herr im eigenen Haus, für jede Regung seiner Bürger, selbst für die Belästigung der Turnvereine, fremden Gewalten verantwortlich, das soll das neue Deutschland werden. Die „Post“ schreibt: Das deutsche Vieh soll geraubt werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: Deutschland wird verhungern.

In der „Kreuzzeitung“ läßt sich General von Freitag-Lagimodien über die Entlassung Deutschlands zu Lande äußern. Von irgendwelchen militärischen Gedanken, sagt er, kann bei uns nicht die Rede sein. Solche Gedanken sind nur auf der anderen Seite. Wollen wir nicht, daß wir als ein Volk von Sklaven dastehen, dann muß die Regelung der Wehrverhältnisse mit allem was dazu gehört uns überlassen bleiben. Gerade wenn der Frieden dauernd sein soll, darf das Land der Mitte nicht völlig wehrlos dastehen.

Im „Vorwärts“ wendet sich der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an die Sozialisten aller Länder und sagt: Der Versailler Entwurf hat die schlimmsten Erwartungen der Friedensfreunde aller Länder übertroffen. Der Gewaltfrieden, der uns aufgezwungen werden soll, ist die beste Rechtfertigung der Haltung der deutschen Sozialdemokratie in der Landesverteidigung. Wir wußten immer, was dem deutschen Volk drohen würde, wenn die Imperialisten der Entente ihm den Frieden diktierten würden. Der Siegerfrieden trifft die deutsche Republik mitten ins Herz. Er trägt den Keim zu neuen Kriegen in sich. Er bedeutet das Todesurteil einer geordneten Volkswirtschaft. Die deutschen Arbeiter werden auf ewige Zeit verkleinert. Den Nutzen davon hätten nur die Kapitalisten der anderen Länder. Die Friedensvorschläge sind ein Hohn auf die 14 Punkte Wilsons. Wird die sozialistische Internationale ihre Stimme gegen einen Gewaltfrieden so laut erheben, daß in den siegreichen Ländern die Rechtshaber von heute auf sie hören müssen? Wir erwarten es, aber es ist die höchste Zeit.

Aus dem lauten Kanon der Pariser Pressstimmen ist, wie dem „Berl. Lokalanzeiger“ berichtet wird, unerschütterliche Bosheit und blinder Spott über den Eindruck, den die Veröffentlichung der Bedingungen in Deutschland gemacht hat. Die gesamte Presse, mit Ausnahme der sozialistischen, läßt sich, die Bedingungen als ungemein milde hinzustellen. Die internationalistischen Blätter verlangen, daß die Allierten sich daran denken, gewisse Maßnahmen zu treffen, um Deutschland zur Unterwerfung zu zwingen.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt zu den vorliegenden Protesten der sozialistischen Presse in Frankreich: Man darf die Bedeutung dieser Kundgebungen, so dankenswert sie auch sind, nicht überschätzen. Die Sozialisten in Frankreich und in England stellen vorläufig nur Minoritäten dar. Ihr Einfluß in den Parlamenten ist für den Augenblick noch nicht groß genug. Das deutsche Volk muß vor allem selbst seinen Willen laut und klar bekunden und der Welt zeigen, daß es die brutale Vergewaltigung des Geistes, der Furcht und der Rachsucht nicht lammengeduldig ertragen wird.

Graf Brockdorff-Ranzau an Clemenceau.

Versailles, 10. Mai. W.B. Der erste Delegierte der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Ranzau, hat gestern Abend folgende Note an den Präsidenten der Friedenskonferenz, Herrn Clemenceau, gerichtet:

Versailles, 9. Mai 1919.

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation hat die erste Durchsicht der überreichsten Friedensbedingungen vollendet. Sie hat erkennen müssen, daß in den entscheidenden Punkten die vereinbarte Basis des Rechtsfriedens verlassen ist. Sie war nicht darauf vorbereitet, daß die ausdrücklich dem deutschen Volk und der ganzen Menschheit gegebene Zusage auf diese Weise insoweit gemacht wird.

Der Vertragentwurf enthält Forderungen, die für kein Volk erträglich sind, vieles ist außerdem nach Ansicht unserer Sachverständigen unerfüllbar. Die deutsche Friedensdelegation wird den Nachweis im einzelnen erbringen und den alliierten und assoziierten Regierungen ihre Bemerkungen und ihr Material fortlaufend zugehen lassen.

Gernschmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner angezeichneten Hochachtung.

(G.): Brockdorff-Ranzau.

Versailles, 9. Mai 1919.

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation beehrt sich, zu der Frage des Völkerbundes Stellung zu nehmen, indem sie anbei ein deutsches Programm überreicht, das ihrer Meinung nach zum Problem des Völkerbundes wesentliche Anregungen enthält. Die deutsche Friedensdelegation behält sich vor, sich noch eingehend zum Entwurf der alliierten und assoziierten Regierungen zu äußern. Sie macht jedoch schon heute auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß Deutschland zwar das Stimmrecht des Völkerbundes als einen Bestandteil des uns überreichten Vertragentwurfs unterzeichneten soll, sich aber nicht unter dem Status befindet, die zum Eintritt in den Völkerbund eingeladen sind. Die deutsche Delegation stellt die Anfrage, ob und gegebenenfalls unter welchen Umständen eine solche Einladung beabsichtigt ist.

Gernschmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(G.): Brockdorff-Ranzau.

Tagesneuigkeiten.

Französische Urteile.

Versailles 9. Mai. (Draht. W.B.) Allmählich beginnt die Pariser Presse, ihr Urteil über den Friedensentwurf zu fällen. Eine ungewöhnlich starke Sprache führt der offizielle „Temps“, der offenbar entsetzt ist, daß der Außenminister Graf Brockdorff-Ranzau gestern eine korrekte feste Sprache gesprochen hat und nicht Deutschland allein des Krieges schuldig erklärt. Nach dem „Temps“ erfordert die Gerechtigkeit, daß Deutschlands Recht verweigert werde. Das Blatt ist auf das Höchste entsetzt, daß der Präsident der preussischen Landesversammlung, Leinert, Mitglied der Delegation ist, nennt die jetzige Regierung eine Fortsetzung der alten und selbst von einem noch bestehenden Einfluß des preussischen Generalstabes. Das Bekenntnis des „Temps“ ist in diesem Augenblick von größtem Wert, denn durch dieses Regierungsorgan spricht das herrschende Frankreich, das wieder einmal hier seine große Angst kundgibt, Deutschland könne sich schneller, als es Frankreich lieb sei, erholen.

Der sozialistische „Populaire“ grüßelt den Friedensentwurf. Es handelt sich hier um Grabsreden und nicht um einen Diktatfrieden. Der Geist von Drest-Lwow und Bukarest sei wieder lebendig geworden. Wilsonsworte den Text mit den von ihm vertretenen Theorien vergleichen und werde dann sofort finden, daß der erzielte Völkerbund ein Betrug sei. Die Klausel von Versailles schafft nicht den Frieden. Marcel Sembat nennt in der „Deuxieme“ den vorgeschlagenen Frieden keinen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit. Die Tendenz des Friedensentwurfes werde gekennzeichnet durch den dänischen Gesandten in Paris, der dem „Temps“ erklärte, die Entente bilige Dänemark beträchtlich mehr zu, als die dänische Regierung verlangt habe. Dies gebe einen guten Beweis dafür, daß Wilsons Grundzüge lediglich ein Topanz seien.

Die anderen bürgerlichen Blätter, die zur äußersten Linken stehen, finden den Frieden nicht nur gerechtfertigt, sondern äußern noch Wünsche und ergehen sich in Schwärmungen auf Deutschland. Heftig dagegen protestiert die „Humanité“.

Wie heute aus Berlin berichtet wird, meldet das „Berliner Tageblatt“ aus Versailles, daß die sozialistischen Blätter heftig gegen diesen Frieden protestieren, den die „Humanité“ einen Frieden der Gewalt, des gefährlichen Imperialismus und der Ungerechtigkeit nennt. Das französische Proletariat verweigert seine Unterschrift zu diesem Vertrage. In wenigen Tagen wird es sich gegen diesen Dokument in Westminster Stil wenden, das eine Bekämpfung des Völkerrechts und der Moral ist. Wenn der Vertrag vor die Kammer kommt, wird kein sozialistischer Deputierter dieses diplomatische Schicksal gut heißen dürfen, das die Sozialisten als eine verbrecherische Verletzung gegebener Versprechungen, als ein Attentat gegen Moral und Völkerrecht bezeichnen wird. Die „Humanité“ gibt dazu Anzeichen der Bestimmungen, die sich auf das Saarbecken und die deutschen Kolonien beziehen. Moritz, Cruz und Ransau haben diesen Teil bearbeitet und nennen die Klausel über das Saargebiet die schlimmste Gewalttat des Vertrages. Die französische Zeitung fordert die Deutschen des Saargebietes auf, mit Perotismus der Gewalt

und der Korruption Widerstand zu leisten, die jetzt gegen sie versucht werden. Sie sollen sich ihren nationalen Sinn erhalten und die französischen Sozialisten werden für sie eintreten, wie sie für alle unterdrückten Völker eingetreten sind. Ebenso schlimm sei die Wegnahme der deutschen Kolonien. Das volkreiche und arbeitssame Deutschland brauche Kolonien wie jedes andere große Volk. Wilson habe den größten Fehler begangen, daß die Kolonien zum Vorteil der Liga geraubt werden.

Der Eindruck in Norwegen.

Kristiania, 9. Mai. W.B. Die hiesige von hiesigen Morgenblättern im Reutersauszug veröffentlichten Friedensbedingungen werden von der gesamten Presse als außerordentlich hart, teilweise als über jedes Erwarten schwer bezeichnet. Nur der Leitartikel von Aftenposten ist auf den Ton „Gerechtigkeit für den Schuldigen“ gestimmt. — Verdensgang schreibt: Ein derartiger Frieden bedeutet für die ganze Menschheit einen unheimlichen Verlust an moralischen Werten, welche die Hoffnung der Menschen in dieser Zeit gebildet hatten. Das deutsche Volk werde durch solche Bedingungen künftig zu einem gebundenen, gefesselten Volk gemacht werden. So steht der vorgeschlagene Frieden im tiefsten Gegensatz zu den grundlegenden Prinzipien des Völkerbundes. Sozialdemokrat schreibt: Falls das Undenkbare geschehen sollte, daß die deutsche Regierung auf eine derartige Ueberinkunft eingehe, würde Deutschland tatsächlich eine Kolonie werden. — Die Zeitung National sagt: Derartige Bedingungen zeigen, daß man einem reinen Gewaltfrieden gegenüberstehe. Dieser Eindruck werde vermehrt durch das Verlangen der Auslieferung des Kaisers und einer Reihe seiner Offiziere. Hierbei handelt es sich nicht mehr um einen Raubakt, sondern um das Bestreben, Deutschland die fürchterlichste Demütigung zuzufügen.

Dänische Kritik an den Versailler Bestimmungen.

Die Entente will Dänemark in Schleswig mehr zuteilen, als dieses jemals verlangt hat und vom Nationalitätsgrundsatz verlangen konnte. Wertvoll ist die dänische Feststellung, daß extremer Chauvinismus die Beschlüsse des Vortrages beeinflusst hat. Sie ist ein eifriger Beleg dafür, was von der „Gerechtigkeit“ der Entente-forderungen zu halten ist.

Kopenhagen, 9. Mai. W.B. Die dänische Regierungspresse veröffentlicht anlässlich der Entscheidung der Friedenskonferenz einen anscheinend inspirierten Artikel, in dem es heißt:

Die Entscheidung der Friedenskonferenz bezüglich der Abkündigung in Schleswig hat hier größtes Entsetzen hervorgerufen. Die Bestimmung, daß auch in der sogenannten dritten Zone, also in rein deutschem Gebiet, gemeindefreie eine Abstimmung abgehalten werden soll, steht in direktem Gegensatz zum klar eingetragenen Standpunkt des dänischen Reichstages, der dänischen Regierung und des nordschleswighischen Wählervereins. Der Beschluß der Friedenskonferenz muß auf unterirdische Einflüsse weniger Chauvinisten zurückgeführt werden. Es ist eine direkte Fälschung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und ein Bruch der Wilsonschen Idee. Es kann erwartet werden, daß die Regierung und der Reichstag Dänemarks so nachdrücklich wie möglich hiergegen protestieren werden.

Wilson will uns helfen?

Berlin. Bei der Lesung der brandenburgischen Provinzialtagung machte laut „Berliner Lokalanzeiger“ D. Spirkers die nachstehende interessante Mitteilung: Wilson habe einem holländischen Missionar gesagt: Sie finden die Bedingungen vernünftig für Deutschland? Nun, die Deutschen sagen zu allem Ja. Warum sagen sie nicht Nein? Ich warte ja bis jetzt darauf, ihnen zu helfen.

Die Viehlieferung Deutschlands an die Entente.

Versailles, 9. Mai. Die laut Friedensvertrag von Versailles zu leistenden Viehlieferungen belaufen sich im einzelnen folgendermaßen: 1. An die französische Regierung: 500 Zuchtstiere von 2 bis 7 Jahren, 80 000 Stutenfüllen und Stuten von 18 Monaten bis 7 Jahren, 200 ardenwischer, boulanischer und belgischer Rasse, 2000 Stiere von 18 Monaten bis 3 Jahren, 90 000 Milchkühe von 2 bis 6 Jahren, 100 000 Stiere und 10 000 Fiegen. 2. An die belgische Regierung: 200 Zuchtstiere von 2 bis 7 Jahren, 5000 Stuten von 2 bis 7 Jahren, 5000 Stutenfüllen von 18 Monaten bis 3 Jahren, sämtlich schwere belgische Rasse, 2000 Stiere von 18 Monaten bis 3 Jahren, 80 000 Milchkühe von 2 bis 6 Jahren, 40 000 Küpfe Jungstiere, 200 Stiere, 20 000 Stiere und 15 000 Mutterschweine. Die abgelieferten Tiere müssen von normaler Gesundheit und guter Verfassung sein. Falls die gelieferten Tiere nicht als verschleppt oder beschlagene Tiere identifiziert werden können, wird der Wert Deutschland kreditiert werden.

Zusammenstöße im Osten.

Berlin. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Graubündgen gemeldet wird, kam es dort gestern Abend zu schweren Zusammenstößen zwischen österreichischen Grenzschutztruppen und Matrosen, wobei die Matrosen durch Wurfen von Handgranaten einen Leutnant und einen Grenadier töteten und 11 Personen verletzten. Berlin. In Berlinen verfuhr gestern Vormittag einer Mitteilung des „Berl. Lokalanzeigers“ zufolge, eine



Amtsgericht Nagold.
Im Genossenschaftsregister

wurde eingetragen:

- 1) am 8. Mai 1919:
 a) bei dem Darlehenskassenverein Walldorf e. G. m. u. H.
 In den Generalversammlungen wurden an Stelle der durch Tod ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Johann Andreas Walz, Gemeinderat, und Johann Georg Här, Gemeinderat, als solche neu gewählt:
 Christian Rirn, Bauer und Christian Walz, Bauer und Gemeinderat.
 Das Vorstandsmitglied Daniel Konrad Walz, Gemeindepfleger wurde zum Stellvertreter des Vorsitzers bestellt.
 b) bei dem Darlehenskassenverein Böfingen e. G. m. u. H.
 Durch Beschluß der Generalversammlung vom 17. April 1919 wurden an Stelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Jakob Broß, Schultheiß und Johann Georg Holz, alt, Bauer, als solche neu gewählt:
 Johann Georg Holz, jung, Bauer und Johann Martin Steeb, Bauer.
 2) am 9. Mai 1919:
 bei dem Darlehenskassenverein Emmingen e. G. m. u. H.
 In der Generalversammlung vom 4. Mai 1919 wurde an Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitglieds Karl Koh als Vorsteher gewählt:
 Johann Georg Martini, Jung, Zimmermann.
 Gerichtsassessor Goppelt.

Amtsgericht Nagold.

Im das Handelsregister

wurde eingetragen:

- 1) am 6. Mai 1919: Abteilung für Einzelfirmen Band I Blatt 266 die Firma: Schwarzwaß-Drogerie Friedrich Gutekunst in Altensteig. Inhaber: Friedrich Gutekunst, Chemiker, in Altensteig.
 2) am 8. Mai 1919: Abteilung für Gesellschaften Band I Blatt 32 bei der Firma Gebrüder Seeger in Hofendorf:
 Auf den Tod des Teilhabers Paul Seeger ist das Geschäft und die Firma auf den Teilhaber Karl Seeger, als Alleininhaber übergegangen, die Firma ist daher in das Register für Einzelfirmen Band I Blatt 268 übertragen worden.
 Gerichtswassessor Goppelt.

Sulz.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiermit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Dienstag den 13. Mai 1919

stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasthaus zum „Röhle“ in Sulz freundlichst einzuladen.

Wilhelm Kübler) Barbara Brösamle
 Sohn des) Tochter des
 Jakob Kübler.) Simon Brösamle
 Postbote a. D.

Abgang 11 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Rähmaschinen

(erstklassige deutsche Fabrikate)

System Lang-, Schwing-, Ring- u. Rundschild.
 Mit Eisengestell oder mit modernem Holzgestell.
 Schönste Auswahl. Weltgehende Garantie. Mäßige Preise.
Friedrich Herzog, Calw,
 Maschinenhandlung und Reparaturwerkstätte.

Alle Mäuse u. Ratten

werden an einer anerkennenden Feinde durch die neuen
 Bazillen Mäusestypus
 und Rattenpest.

Einfache Anwendung.

Kurz zu haben in Stadt-Drogerie
 Fr. W. Gutekunst, Altensteig.

Kräge,

Hausjucken, Ausschlag heilt
Juck-Salbe
 in wenigen Tagen mit sicherem Erfolg. Ganze Dose
 M 4.50, halbe Dose M 2.50.

Marienthalische
 u. Chem. Fabrik
 Mittelstraße 49 f. Oberpf.

ALFRED HARTMANN

Kaufmann

PAULINE HARTMANN

geb. Deuble

Vermählte

NAGOLD, 10. Mai 1919.

Möbelschreiner-Gesuch.

Erfahrener, selbständiger Arbeiter kann sofort oder in 14 Tagen eintreten bei

Jak. Reuz,
 Möbelschreiner, Nagold.

Hauerbach.

Gesucht werden

2 tüchtige

Möbelschreiner

per sofort oder in 14 Tagen
Gottlieb Gutekunst,
 wch. Möbelschreiner.

Nagold.

Einem unterhaltenen

Rockanzug,

mittlere Größe, hat zu verkaufen.

J. Wolber, Schneidergesch.

Wilhelm Knecht

Bauamtswerkmeister

Gertrud Knecht

geb. Knodel

VERMÄHLTE

10. Mai 1919

Calw

Nagold

Wir suchen

50 Möbelschreiner

bei hohem Lohn.

Nassauische Möbelindustrie
Fröhlich & Co., Frankfurt a. M.

Stroh Hüte

für Herren, Damen und Kinder
auch Gartenhüte

empfiehlt in großer Auswahl

Chr. Raaf, Nagold.



Frauen

verwachen bei
 Schwachen mit
 Schmerzen der
 Leber

Möllers

Tropfen
 halbe 10 Mark
 halbes Pfund

H. F. Raaf

Sanitätsrat
Medico
 Nürnberg
 Kurlandstr. 47

Altensteig.

Ca. 30 Ztr.

Stroh-

Kraftfutter

hat billig abzugeben

C. W. Luz Nachf.
 Friz Bühler jr.

Nagold.

! Leim !

von B. Weil, Döpsingen
 liefert und erucht um Zu-
 sendung der Bezugscheine
Fr. Ung.

Für junge frische Dame
 (nicht belädigt) mit Geh-
 fähigkeit wird

Pension

mit etwas Pflege in gutem
 bürgerlichem Hause
gesucht.

Angebot unter Nr. 25
 an die Geschäftsstelle des
 Blattes erbeten.

Nagold, den 11. Mai 1919.



Todes-Anzeige.

Unser lieber guter Gatte, Vater, Schwiegervater, Bruder,
 Schwager, Großvater und Onkel

Gottlob Graf, Privatmann

ist heute früh unerwartet rasch nach einem schönen, arbeitsrei-
 chen Leben im Alter von 62 Jahren nach zweitägigem schwerem
 Leiden sanft entschlafen.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen:

die Gattin: Marie Graf geb. Luipold;

die Kinder: Rudolf Graf, Sägewerksbesitzer mit Gattin

Katharine Graf geb. Dengler,

Eina Schucker geb. Graf mit Gatten

* Josef Schucker, Geometer in Reutlingen,

Gottlob Graf, Sägewerksbesitzer in Nagold.

Beerdigung Dienstag 13. Mai mittags 2 Uhr vom Bezirks-
 frankenhaus ab.

Sulz.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren
 wir uns Verwandte, Freunde und Bekannte auf
Sonntag den 15. Mai 1919
 in das Gasthaus „Krone“ in Sulz freundlichst
 einzuladen.

Martin Wörner

Schreiner

Sohn des Fr. Wörner,
 Zimmermeister in Sulz.

Elije Gayer

Tochter des

† Johannes Gayer
 Schreinermeister in Sulz.

Abgang 11 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung
 entgegenzunehmen.

Oberschwandorf.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren
 wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf
Dienstag den 13. Mai 1919
 in das Gasthaus zum „Löwen“ hier freundlichst
 einzuladen.

Friedrich Schumacher

Sohn des

† Chr. Schumacher
 Schultheiß von hier.

Friederike Braun

Tochter des

† Chr. Braun,
 Sattlermeister
 von Pfalzgrafenweiler.

Abgang 1/2 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung ent-
 gegenzunehmen.

Hohes, sicheres Einkommen

kann sich Kaufmann, Mechaniker oder Schlosser, der über
 12-15000 Mark verfügt und mit der Landkundschaft um-
 zugehen versteht, durch Uebernahme der Vertretung von
 erklaffigen landwirtschaftlichen Maschinen, die im Bezirk
 bereits gut eingeführt und bekannt sind, sichern.
 Angebote erbeten unter **S. 3. 7060** an Rudolf
 Woffe, Stuttgart.

